

Islamkritik und Islamfeindlichkeit

Friedmann Eißler

Negative Einstellungen, Ressentiments und offene Ablehnung gegenüber dem Islam und Muslimen haben zugenommen, ebenso deren zunehmend breite Billigung in der Öffentlichkeit. Fast 25 Jahre nach den Brandanschlägen in Mölln und Solingen, denen acht Menschen zum Opfer fielen, hat sich die Lage in vieler Hinsicht nicht entspannt, sondern vielmehr verschärft. Nach dem 11. September 2001, nach dem Minarettbauverbot in der Schweiz Ende 2009 und der „Sarrazin-Debatte“ 2010 erstarkten rechtspopulistische Islamschmähungen ebenso wie die „Kritik an der Islamkritik“. AfD und PEGIDA sowie die Radikalisierung junger Menschen in bestimmten Milieus (Salafismus / „Islamischer Staat“) machen die Polarisierung der Islamdebatten in Deutschland und Europa sichtbar.

Wo verläuft die Grenze zwischen Meinungsfreiheit und Herabwürdigung, zwischen notwendiger Kritik und Hetze? Wie kann demokratie- und menschenrechtsfeindlichen islamistischen Ideologien und Strategien wirkungsvoll begegnet werden, ohne dass das gesellschaftliche Miteinander aus dem Blick gerät? Und: Welche Verantwortung tragen Christinnen und Christen in der Auseinandersetzung mit Muslimen?

Forschungen und Umfrageergebnisse belegen die Werte unterschiedlicher Indikatoren wie z. B. des GMF-Syndroms („gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“) und zeigen seit Jahren Trendverläufe auf. Dies bietet vorsichtige empirische Anhaltspunkte. Die Zahlen lassen gleichwohl abhängig vom Erkenntnisinteresse, den Frageclustern und den methodischen Entscheidungen viel Interpretationsspielraum zu, zudem können sie Ursachen und Motive islamfeindlicher und islamkritischer Einstellungen und Verhaltensweisen kaum benennen, geschweige denn plausibel erklären. Deshalb werden sie hier nicht argumentativ angeführt; dies wäre ein eigenes Thema. Ebenso beansprucht dieser Kurzartikel weder phänomenologische Vollständigkeit noch definitorische Endgültigkeit.

Islamfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit, Islamophobie

Die Bezeichnung *Islamophobie* hat sich tendenziell etabliert, ist aber als gezielter Kampfbegriff aufzufassen, der Ängste und daraus resultierende Ablehnung oder Hass geradezu pathologisiert und pauschal als unbegründet hinstellt. Auch der Ausdruck *Islamfeindlichkeit* ist gängig und kommt immerhin ohne die psychologisierende Komponente aus. *Muslim-* oder auch *Muslimenfeindlichkeit* (vgl. Menschen-, Fremdenfeindlichkeit) stellt von vornherein klar, dass es um eine feindselige Haltung gegenüber (einer bestimmten Gruppe von) konkreten Menschen geht. Die negativ-stereotype Ablehnung von Muslimen und allem „Islamischen“, die mit diesen Begriffen umschrieben wird, ist dem Rassismus verwandt, jedoch nicht mit ihm identisch. Sie

kann von unterschwelligem Vorbehalten über massive Ressentiments bis hin zu direkter Ausgrenzung oder zu verbalen, ja auch tätlichen Angriffen reichen. Sie wird besonders massiv im Internet propagiert, äußert sich aber konkret ebenso im alltäglichen Umfeld.

Der mehr und mehr bevorzugt verwendete Begriff „Antimuslimischer Rassismus“ hebt die Kritik an der „Rassifizierung“ von Musliminnen und Muslimen als die essenzialistisch homogenisierten „Anderen“ hervor, denen pauschal negative Eigenschaften, Gewalttätigkeit und Integrationsunwilligkeit zugeschrieben werden. Die Ausweitung bzw. Verschiebung von der Biologie auf die Kultur im Rassismusverständnis hat allerdings darin ihre Grenze, dass kulturelle Eigenheiten (etwa tiefgreifende Unterschiede bei Frauen- oder Homosexuellenrechten) im Gegensatz zu „biologisch-ethnischen“ sehr wohl einer Bewertung unterzogen werden können und müssen, soll nicht ein allgemeiner Kulturrelativismus und damit einhergehend ein Menschenrechtsrelativismus von vornherein derartige Werturteile unmöglich machen. Daher zieht der Rassismus-Begriff in diesem Zusammenhang die Kritik auf sich, es handele sich wie bei „Islamophobie“ um ein Hegemoniekonzept im öffentlichen Diskurs, das auf eine Immunisierung gegen legitime Kritik an islamisch-religiös fundierten demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Konzepten und Handlungen überhaupt hinauslaufe.

Einige bestimmende Elemente von Muslimfeindlichkeit sind

- ausgeprägte Ressentiments gegen eine Minderheit von Menschen, die mit religiösen, kulturellen und politischen Argumenten diskriminiert und ausgegrenzt werden;
- die pauschale Stigmatisierung und Diffamierung von Menschen mit muslimischem (oder vermeintlich muslimischem – hier wäre der Übergang zu depersonalisierenden rassistischen Stereotypen zu sehen) Familienhintergrund;
- die Beschwörung populärer Vorurteile, die in beleidigender Form verbreitet werden (Feindbildproduktion und -pflege);
- die Negativfixierung ganz unterschiedlicher (sozialer, integrationspolitischer, kultureller ...) Problemlagen auf „den“ Islam (Religionisierung unterschiedlich gelagerter Konflikte mit monokausalen Erklärungen);
- die essenzialisierende Betrachtungsweise, die „den“ Islam, v. a. in seinem totalitären und militanten Wesen, zu kennen beansprucht (und oft besser zu kennen beansprucht als die Muslime selbst);
- die Weigerung, sachgemäß zwischen Islam, Islamismus und Terrorismus zu unterscheiden (die generalisierende Rede vom vermeintlich „eigentlichen“ Islam, der ausschließlich als fanatische und gewalttätige Herrschaftsideologie wahrgenommen wird);
- die integrationspolitische Entweder-Oder-Haltung;
- eine soziale Abgrenzungskonstruktion des nichtmuslimischen „Wir“ und der muslimischen „Anderen“ inklusive entsprechender Praktiken und Diskurse.

Die Komponenten stehen häufig in einer Wechselwirkung. Ihre Ausprägungen und Wirkungen können in weitverzweigten Netzwerken und Aktionsbündnissen beobachtet werden, die

teilweise bildungsbürgerlich-mittelständisch auftreten, vielfach aber einem Vulgärpopulismus huldigen, der ebenso abstoßend wie gefährlich ist.

Seit 2014 demonstrieren in Dresden – in deutlich kleinerem Ausmaß und teilweise von rechts-extremen Akteuren organisiert auch in anderen Städten (z. B. Leipzig, „Legida“) – *Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA)*, u. a. gegen eine Islamisierung und eine aus ihrer Sicht verfehlte Einwanderungs- und Asylpolitik Deutschlands und Europas. Die „politische Bewegung“ wurde vielfach als islamfeindlich charakterisiert. Die Partei *Alternative für Deutschland (AfD)* ist eine beachtliche politische Kraft geworden (2017 in 12 Landesparlamenten) und geht seit etwa 2016 mit islamkritischen und islamfeindlichen Positionen auf Stimmenfang, ähnlich wie bei PEGIDA verbunden mit einer Anti-Establishment-Haltung. Sie hat islamfeindliche Akteure wie die Partei *Die Freiheit* überflüssig gemacht. Für die AfD gehört der Islam nicht zu Deutschland, neben Verbotsforderungen (Minarette etc.) treten Äußerungen, die an rassistisch konnotierte Diskurse anknüpfen. Die als Menschenrechtsorganisation auftretende *Bürgerbewegung PAX EUROPA* (8 Landesverbände) sieht im Islam als einem totalitären Gesellschaftssystem ebenfalls „eine große Gefahr“ und will darüber aufklären. Ins Spektrum rechtsextremer deutscher Kleinparteien gehören die *Pro-Parteien* („pro NRW“, „pro Deutschland“).

Eine herausragende Rolle bei der Verbreitung muslimfeindlicher Agitation spielt das Internet. Zentraler Bezugspunkt eines expandierenden muslimfeindlichen Netzwerks ist die 2004 gegründete einflussreiche Internetplattform *Politically Incorrect (PI)*, die professionell aufgestellt und international vernetzt ist und aus dem „bürgerlichen Mittelfeld“ gegen den Islam und die Muslime agitiert. Die PI-Ortsgruppe München (insgesamt über 50 Ortsgruppen) wird seit Frühjahr 2013 vom Verfassungsschutz Bayern beobachtet. Weitere Beispiele aus dem Internet sind *Michael Mannheimer Blog*, *Gates of Vienna*, oder *Deus Vult Caritatem*.

Islamkritik

Islamkritik ist eine in den Traditionen religiöser und/oder antireligiöser Religionskritik stehende Variante legitimer und begründeter Kritik an islamisch-religiös fundierten demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Konzepten und Handlungen. Islamkritik zeigt deren historischen und gesellschaftlichen Hintergründe auf, verweist auf die Rezeptionsgeschichte und aktuelle Wirkung der menschenrechtswidrigen Auslegung religiöser Doktrinen und kritisiert deren Beibehaltung und Fortschreibung. (Entsprechend gab und gibt es Christentumskritik usw.) Der theologisch-weltanschauliche Diskurs ist dabei von der sozio-kulturellen Auseinandersetzung mit den ideologischen Aspekten heutiger Islaminterpretationen zu unterscheiden, aber nicht zu trennen.

Islamkritik ist keine Pauschalkritik, sondern thematisiert sachbezogen und genau mit dem Anspruch auf Wahrnehmung des jeweiligen Selbstverständnisses unter anderem

- die Infragestellung der Säkularität des Rechtsstaates als Grundlage und Bedingung für Pluralismus und Religionsfreiheit;
- den von unterschiedlichen islamischen Lagern formulierten monopolistischen politischen Geltungsanspruch „des Islam“ als grundlegendes Ordnungskonzept von Gesellschaft, Staat und Politik, der auf dem Wege des *Dschihad* – entweder „friedlich“ oder „militant“ – durchzusetzen sei;
- die Strategien zur Erweiterung und Festigung schariarechtlicher Einflussnahmen auf muslimische Akteure und Gemeinden (Etablierung von Scharianormen, zunächst im Sinne „kollektiver Minderheitenrechte“);
- den Umgang mit Leitbegriffen wie Bildung, Dialog, Menschenrechte, Religionsfreiheit, Frieden, Toleranz, Integration etc., insoweit die Verwendung in innerislamischen Kontexten signifikant von den gesamtgesellschaftlichen Diskursen abweicht;
- die Geschlechtertrennung bzw. die Diskriminierung von Frauen;
- die Legitimationsstrukturen, die Gewalt gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen rechtfertigen;
- die strafrechtliche oder zivilgesellschaftliche Sanktionierung des Religionswechsels;
- die strafrechtliche oder zivilgesellschaftliche Sanktionierung der Kritik an islamischen Lehren, Praktiken oder des Propheten Muhammad als „Blasphemie“.

Sie nimmt auch Stellung gegen die Instrumentalisierung des Islamophobiebegriffes, die Kritik abwehren will und mit der pauschalen Diffamierung notwendigen Widerspruchs als unbegründete Aggression gegen Muslime einhergeht (Selbstviktimisierung), sowie freilich auch gegen die taktische Ausbeutung islamkritischer Positionierungen im Interesse populistischer und rechtsreaktionärer Einflussgewinnung.

Eine angemessene Kritik am Islam als Religion bzw. als System mit Aspekten einer totalitären Herrschaftsideologie distanziert sich und ist nicht zu verwechseln mit der feindlich-aggressiven Stigmatisierung von Personen, die daran glauben. Grundsätzlich leitend ist die Unterscheidung von Person und Sache. Es geht ihr um den Erhalt und die Stärkung errungener Freiheiten des Individuums im Rahmen von Rechtsstaat und Demokratie. Diese Freiheiten bestehen nicht voraussetzungslos. Vom Staat ist die politische Anerkennung des religiös-weltanschaulichen Eigensinns zu erwarten. Sie findet in der *positiven Neutralität* des Staates ihren spezifischen Ausdruck. Auf der anderen Seite ist die *religiöse Aneignung der säkularen Grundlagen* der freiheitlich-demokratischen Verfassungsordnung gefordert. So müssen die Religionen ihren Anhängern ermöglichen, trotz und in ihrer partikularen religiösen Identität Mitbürgern mit anderen Überzeugungen und Identitäten gleichberechtigt zu begegnen. Dies schließt eine partielle Suspendierung der religiösen Wahrheitsfrage im Hinblick auf das Zusammenleben in der religiös-weltanschaulich pluralistischen Gesellschaft notwendig ein. Für die Kirchen besteht keinerlei Grund, sich diesbezüglich in überlegener Stellung zu wähen. Dies aus der Mitte der

eigenen Tradition zu reflektieren, ist jedoch auch Muslimen zuzumuten. Eine wachsende Zahl von Musliminnen und Muslimen übt in diesem Sinne Kritik an herrschenden Islamauslegungen (vgl. Namen wie Mouhanad Khorchide, Abdel-Hakim Ourghi, Ahmad Mansour oder Seyran Ateş, Amina Wadud und Irshad Manji).

Stellungnahme

Integration, wie immer sie verstanden wird, ist keine „Einbahnstraße“. Kultur ist immer auch ein offenes Projekt, kein autoritativ zu bestimmender Zustand. Deshalb betreffen die Herausforderungen nicht nur „die anderen“, sondern alle. Das gemeinsame gesellschaftliche „Wir“ mitzugestalten und mitzuprägen ist Aufgabe auch christlicher Verantwortung.

Dass die deutsche Bevölkerung charakteristischerweise oder auch nur mehrheitlich muslimfeindlich sei, lässt sich nicht belegen. Allerdings ist sie zunehmend dem Islam gegenüber kritisch eingestellt und hat dabei einen breiter gewordenen ideologisch rechten und muslimfeindlichen Rand mit deutlichen Verbindungen in den Rechtsextremismus ausgebildet. Die Unterscheidung zwischen legitimer Kritik an islamisch begründeten Positionen und zu ächtender Hetze gegen Personen(gruppen) ist somit fortwährend geboten. Die Kritik ist weder „aufklärungsfundamentalistisch“, noch zielt sie auf eine Zwangsmodernisierung von Muslimen. Sie tritt für die Religionsfreiheit im umfassenden Sinne ein. Doch setzt der kritische Diskurs die Wandlungsfähigkeit der Diskursteilnehmer voraus. Diese nun Muslimen pauschal abzusprechen wäre, abgesehen von grundsätzlichen Erwägungen, angesichts der Geschichte des Islam töricht und im Blick auf die gesellschaftliche Situation gefährlich. Gerade die reformerischen, progressiven, neue Ansätze waghenden Kräfte brauchen, auch wenn sie zahlenmäßig noch sehr überschaubar und marginalisiert sind, Anwälte in der Gesellschaft, die nicht durch Pauschalierungen die orthodoxen und radikalen Kräfte stärken, sondern zu reflektiven Haltungen und zu Veränderungsprozessen in der offenen Gesellschaft ermutigen. Im weitesten Sinne liberale Einstellungen und Äußerungen dürfen nicht pauschal mit dem Totschlagargument der Unaufrichtigkeit (*taqiyya*) oder als „unislamisch“ diskreditiert werden, will man nicht den Radikalen in die Hände spielen und jeden Dialog im Keim ersticken. Integrationspolitisch sinnvoll ist nicht das *Entweder-Oder-Prinzip*, sondern ein *Mehr-oder-Weniger-Prinzip* (Albert O. Hirschman).

Allerdings kann kein Zweifel über die Kräfteverhältnisse der islamischen Diskurse bestehen: Das orthodox-fundamentale Koranverständnis aller dominanten Islamrichtungen kennt keinen (im wissenschaftlichen Sinne) historischen, geschweige denn historisch-kritischen Zugang zu den Grundtexten des Islam und steht daher der sachlich notwendigen Relativierung bestimmter zeitgebundener Koranaussagen entgegen. Es wird sehr viel darauf ankommen, dass die Muslime zwischen überlieferter Geschichte und verpflichtender Wahrheit unterscheiden und so die Voraussetzung für die eigenständige, religiös begründete Aneignung der Grundlagen unserer Gesellschaft schaffen. Entsprechende Entwürfe berufen sich durchaus auf Ansätze

in der islamischen Geistesgeschichte. Alle darauf gerichteten Anstrengungen gilt es zu unterstützen. Ziel ist ein gesellschaftlich solidarisches Wir aus „überzeugter Toleranz“ (W. Huber), die den kritischen Umgang mit Tendenzen der Aushöhlung oder/und Infragestellung der freiheitlich-säkularen Gesellschaftsordnung nicht aus-, sondern einschließt.

Internet

Politically Incorrect (PI-News): <http://www.pi-news.net/>

Partei „Die Freiheit“: <http://diefreiheit.org/home/>

Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) – für europäische Werte und Freiheiten:

<http://www.buergerbewegung-pax-europa.de/>

Bürgerbewegung pro Deutschland: <http://www.pro-deutschland-online.de/>

Nürnberg 2.0 Deutschland – Netzwerk demokratischer Widerstand: <http://wiki.artikel20.com/>

Europäische Werte – Kybelines Weblog: <http://www.kybeline.com>

Michael Mannheimer Blog. Islamisierung stoppen – Grundrechte garantieren – Demokratie stärken:

<http://michael-mannheimer.info/>

DEUS VULT CARITATEM (DVC): <http://www.deusvult.info/>

Gates of Vienna: <http://gatesofvienna.net/>

Literaturhinweise

Hamed Abdel-Samad / Mouhanad Khorchide und Stefan Orth (Hg.), „Zur Freiheit gehört, den Koran zu kritisieren“ – Ein Streitgespräch, Freiburg i. Br. 2016

Klaus J. Bade, Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, ‚Islamkritik‘ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft, Schwalbach/Ts. 2013

Wolfgang Benz, Die Feinde aus dem Morgenland. Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet, Beck'sche Reihe, München 2012

Farid Hafez (Hg.), Jahrbuch für Islamophobieforschung 2013, Wien 2013

Hartmut Krauss (Hg.), Feindbild Islamkritik. Wenn die Grenzen zur Verzerrung und Diffamierung überschritten werden, Osnabrück 2010

Muslimfeindlichkeit – Phänomen und Gegenstrategien. Beiträge der Fachtagung der Deutschen Islam Konferenz am 4./5.12.2012 in Berlin, hg. vom Bundesministerium des Innern im Auftrag der DIK, Berlin 2013

Tilman Nagel, Kann es einen säkularisierten Islam geben?, in: Aktuelle Analysen 26, hg. von R. C. Meier-Walser und R. Glagow, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München 2001, 9-19

Christian Röther, Wenn die Wahrheit Kopf steht. Die Islamfeindlichkeit von AfD, Pegida & Co., Gütersloh 2017

Thorsten Gerald Schneiders (Hg.), Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden 2010

Selbstbestimmung statt Gruppenzwang – Abschlusserklärung der Kritischen Islamkonferenz 2013, <http://kritische-islamkonferenz.de>